

MediNetz Würzburg e.V.
Postfach 6168
97011 Würzburg

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

17.05.2019

Sehr geehrter Herr Althammer,
sehr geehrte Frau Keil,

hier unsere Antworten zu Ihren Fragen zur Europawahl 2019:

1) Ist sich Ihre Partei beziehungsweise deren europäische Fraktion der Problematik bewusst, dass in Europa Menschen über einen eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung verfügen? Welche Probleme sehen Sie und wie werden diese von Ihnen thematisiert und angegangen?

Ja, das wissen wir. Die europäischen Piratenparteien haben ein gemeinsames Wahlprogramm erarbeitet. Dort steht, dass der Mensch im Mittelpunkt unseres Handels stehen muss. Egal in welcher finanziellen Lage, in welchem Land er lebt, welcher Religion und Generation angehört. Damit ließe sich die Problematik beheben.

2) Inwiefern thematisieren Sie die Konflikte, welche zwischen dem im UN-Sozialpakt festgeschriebene Recht auf das höchste erreichbare Maß an Gesundheit und den gesetzlichen Regelungen der einzelnen Länder entstehen? Beispielsweise verwehrt in Deutschland § 87 AufenthG papierlosen oder ausreisepflichtigen Menschen faktisch den Zugang zu Gesundheit insofern, dass das Sozialamt einer Meldepflicht gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde unterliegt.

PIRATEN würden die Änderungen im Aufenthaltsgesetz in §87 korrigieren, was ja in Deutschland erfolgen muss. Außerdem würden die PIRATEN in Europa mehr mit der UN über den Sozialpakt diskutieren und die Zusammenarbeit enger vernetzen. Um die Themen rund um Sozialpolitik stärker gemeinsam zu erarbeiten.

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**

Telefon:
+49 30 2757 2040

Telefax:
+49 30 6098 9751 7

**Bankverbindung:
GLS**

Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

Inwieweit sehen Sie die europäische Politik in der Lage und in der Pflicht, durch inter- oder supranationale Methoden (bspw. Verordnungen oder Richtlinien) derartigen Missständen Abhilfe zu schaffen?

Überall gleiche Sozialsysteme wären da von Vorteil. Auch hier werden die PIRATEN alles daran setzen, dass es schnell gemacht wird.

PIRATENPARTEI
Deutschland

3) Welche Probleme sehen Sie in der Praxis zahlreicher Länder, Menschen aus dem jeweiligen europäischen Ausland mit dauerhafter Aufenthaltsabsicht nur stark eingeschränkten Zugang zu ihrem Gesundheitssystem zu gewähren, solange diese keiner versicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen? Beispielsweise werden in Deutschland nach § 23 Absatz 3 SGB XII EU-Bürger*innen, die keiner Beschäftigung nachgehen, alle Behandlungen verwehrt, außer solchen, die einen „akut lebensbedrohlichen Zustand“ beheben oder „eine unaufschiebbare und unabweisbar gebotene Behandlung einer schweren oder ansteckenden Erkrankung“ darstellen. Dieser Paragraph verwehrt aktiv bestimmten Menschengruppen das Recht auf das höchste erreichbare Maß an Gesundheit, zu dessen Gewährleistung sich Deutschland im UN Sozialpakt verpflichtet hat. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, diesen rechtlichen Widerspruch zu beheben?

Das ist ein großes Problem. PIRATEN stellen den Menschen in den Mittelpunkt. Egal wo dieser Mensch lebt. Also sollen die Sozialgesetzbücher nach menschenunwürdigen Fehlern durchkämmt werden. Und dann auch Änderungen durchgeführt werden. Dazu wollen wir eine engere Zusammenarbeit mit der UN.

4) Welche konkreten Lösungsansätze zu den u.a. oben dargestellten Problemen befürwortet Ihre Partei? Regional werden beispielsweise die Konzepte humanitärer Sprechstunden an Gesundheitsämtern und entsprechender Clearingstellen sowie des „Anonymen Krankenscheins“ diskutiert und teilweise auch praktiziert. Sehen Sie solche Ideen regionaler und entsprechend heterogener Problemlösung als zukunftsweisende Möglichkeit an und befürworten Sie auch europaweite Lösungen?

Ja, PIRATEN sind dafür, dass alle Sozialsysteme gleich sind. Und sind damit auch für europaweite Lösungen.

5) Eine der Kernsäulen der Europäischen Union ist die Freizügigkeit europäischer Bürger*innen. Der eingeschränkte Zugang zu umfassender Gesundheitsversorgung in Deutschland verwehrt EU-Bürger*innen diese Freiheit. Stehen Sie trotzdem für den Wert der Freizügigkeit ein und kritisieren Sie konsequenterweise damit auch Gesetze, die den Zugang zu Gesundheitsversorgung und damit die innereuropäische Freizügigkeit beschränken? Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Ziel einer Gesundheitsversorgung für alle EU-Bürger*innen gleichermaßen unabhängig ihres Aufenthaltsortes

innerhalb der EU umzusetzen?

Wie oben schon mal geschrieben. In ganz Europa das gleiche Sozialsystem und somit auch überall das gleiche Gesundheitssystem. Das ist uns wichtig.

PIRATENPARTEI
Deutschland

7) Befürworten Sie eine EU-Richtlinie, mit derer die Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, für einen Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen gemäß der UN-Konvention ICESCR, Artikel 12 Absatz 1, zu sorgen? Wenn ja, wie könnte diese aussehen? Wenn nein, wie begründen Sie die Ablehnung einer Richtlinie zur Umsetzung des für alle UN-Mitgliedsstaaten verbindlich festgeschriebenen Recht auf das höchstmögliche Maß an Gesundheit?

Ja, wie wollen eine engere Zusammenarbeit mit der UN und engere Vernetzung, regelmäßige Kontakte mit allen beteiligten Institutionen, um ein hohes Maß an Gesundheit der gesamten europäischen Bevölkerung zu erzielen.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Ganskow
Bundeskordinator Wahlprüfsteine

Dieser Brief ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.